

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Leihbühne“, „Die Kommunistin“, „Der Jurystreit“, „Die rote Siegel“

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Gellendorf, Neu-Falzbrenn, Nieder-Falzbrenn, Weisklein, Willegerstorf.

**Anzeigenpreis:** Die 10spaltige Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goltspennig. Stellen- und Wohnungsgelege, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 5 Goltspennig. — **Reklamereis:** Die Millimeterzeile 3 spaltig über deren Raum im Text 50 Goltspennig

Mittwoch, 29. Oktober 1924

**Abendpreis:** Bei wöchentlich 8-maligem Erscheinen monatlich 2. — Bei wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Steuergeld u. Risiko 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Tecknitzer Straße 20. — Postkontor Breslau Nr. 31059 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

## Die Lage der schlesischen Arbeiterschaft. Die höchsten Preise — die niedrigsten Löhne!

In Schlesien haben wir die stärkste Sozialdemokratie. In Schlesien haben wir die stärksten Gewerkschaften. Darum wollen wir einmal genau Preise und Löhne in der sozialdemokratischen Hochburg untersuchen und unsere Feststellungen mit Preisen und Löhnen anderer Städte und Länder vergleichen. Die Untersuchung ergibt ein erschreckendes Bild über den systematischen Raubzug der Unternehmer. Die Untersuchung zeigt den Arbeitern deutlich das vollkommene Fiasko der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Die Wierschmethoden (mit der Peitsche) haben den schlesischen Arbeitern die schlechtesten Löhne und die höchsten Preise geschaffen. Unseren Beweis bringen wir an Hand der Brotpreise und der Metallarbeiterlöhne.

### Roggenbrotpreise (1 kg in Pf.)

	8. Juli	6. August	3. Sept.	8. Okt.
Breslau	22	28	30	40
Gleiwitz	29	29	29	40
Berlin	28	28	31	38
Magdeburg	22	23	28	38
Leipzig	24	28	28	37
Dresden	24	25	28	33

Demnach erhöhte sich im letzten Vierteljahr der Brotpreis in:

	um 18 Pfennige oder 82 Prozent
Breslau	um 18 Pfennige oder 82 Prozent
Magdeburg	16
Leipzig	13
Dresden	9
Gleiwitz	11
Berlin	10

Breslau ist also die teuerste Stadt Deutschlands.

### Und nun die Löhne der Metallarbeiter:

pro Woche	Gelernte	Ungelernte
Breslau	24,62	16,56
Dresden	27,29	23,09
Magdeburg	28,18	19,20
Hamburg	30,24	25,44
Berlin	31,01	22,32
Essen	33,60	24,00
Köln	36,58	26,40

Die schlesischen Arbeiter sind also die schlechtbezahltesten Arbeiter Deutschlands.

Und nun betrachten wir die Löhne im Ausland:

Wochenlöhne	Gelernte Metallarbeiter
Breslau (Deutschland)	= M. 24,62
Köln (Deutschland)	= " 36,55
Birmingham (England)	51 s. = " 47,18
Hull (England)	55 s. und 1d. = " 50,97
New-York (Amerika)	29,88 Dollar = " 125,50
Chitago (Walzer)	49,23 " = " 207,61

Die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiterschaft seit dem Jahre 1918 waren nötig, damit die Kapitalisten ihre Reparationen bezahlen konnten. Durch das Londoner Abkommen ist nun endgültig die zuzahlende Reparationssumme festgelegt worden. Das katastrophale Sinken der Löhne, die erhöhte Arbeitszeit sind die ersten Anzeichen der Durchführung des Londoner Gutachtens. Die deutsche Arbeiterschaft ist gezwungen um höhere Löhne zu kämpfen, und ob sie will oder nicht, Kampf um höhere Löhne bedeutet Kampf gegen das Sachverständigen Gutachten. Darum ist es übelste Demagogie der Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten, wenn sie sagen, sie wollen sich für die Durchführung des Sachverständigen Gutachtens einsetzen und zu gleicher Zeit für höhere Löhne kämpfen. Die Durchführung des Londoner Gutachtens bedeutet für die deutsche Arbeiterschaft nicht nur die Beibehaltung der jetzigen Löhne, sondern eine fortgesetzte Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.

Die kommunistische Partei führt einen heftigen Kampf gegen das Dawesgutachten. Doch man will sie hindern, Kämpfe gegen das Dawesgutachten zu führen. Das ist der Grund warum 8000 revolutionäre Arbeiter hinter die Gitter gesteckt werden, und warum die Reichsregierung 62 kommunistische Reichstagsabgeordnete verhaften lassen will. Darum der Krieg aller Parteien gegen die SPD.

Nachdem der Reichstag aufgelöst ist hat ein neuer Sturm gegen die SPD. eingeleitet. Der Reichstag ist nicht nur aufgelöst, weil keine regierungsfähige Regierung geschaffen werden konnte, sondern weil man im kommenden Reichstag weitere Gehele zur Verschacherung und vollkommenen Ausbeutung des deutschen arbeitenden Volkes durchpeitschen will. Dabei kann man die Kommunisten nicht gebrauchen, die die verbrecherischen Karten der Bürgerlichen und der SPD. aufdecken. Man will den Kommunisten das Recht nehmen von der Tribüne des Reichstages dem deutschen Proletariat die Aufklärung über den Verrat aller Parteien zu geben. Die deutsche Arbeiterschaft erkennt immer mehr, daß die SPD. die einzige Arbeiterpartei ist.

**Darum am 7. Dezember alle Stimmen der Kommunistischen Partei Deutschlands!**

gegen den Vorwurf, mangelnden Eifers und sicheren Vogt zu, daß sie alles ausbieten werden, um seinen Wünschen zu entsprechen.

Die SPD. spielt ein Spiel mit vertauschten Rollen. Einige Zeitungen erklären, es sei nicht ganz richtig, die Kommunisten vor der Wahl so zu verfolgen. Indessen geht der Terrorfeldzug der sozialdemokratischen Minister und übrigen hohen Würdenträger gegen uns mit unerminderter Schärfe weiter. Wäre die SPD. als Partei ernstlich entschlossen, der kommunistischen Wahlagitatorien einen einigermaßen „demokratischen“ Spielraum zu lassen, würde sie die Massen für dieses Ziel mobilisieren, so würde der Wahlterror gegen uns elend zusammenbrechen. Aber gerade die SPD. ist ja der Hauptfeind im Kampfe gegen die SPD., deren Stimmenverluste ihr einige Ministerposten sichern sollen. Der Terror gegen die SPD. ist ein Hohn auf jede „Demokratie“, auf jede „Wahlfreiheit“, auf jede „Gleichberechtigung“ der Parteien bei der Wahl und Wahlagitatorien. Den bürgerlichen Parteien der Mitte, einschließlich der Sozialdemokratie, hilft der gefamte Staatsapparat, hilft das „republikanische“ Antireformertum, helfen die verbürgerlichten Arbeiterführer mit dem Organisationsapparat. Der Reichstag hilft ebenfalls der Staat und der offen reaktionäre Teil der Kapitalisten mit dem Organisationsapparat. Die SPD. hingegen muß unter einem beispiellosen Terror die Wahlen vorbereiten.

Sich uns geht es nicht um Mandate. Mögen die Stimmresultate durch derartige „demokratische“ Methoden einfließen zu unseren Ungunsten beeinflusst werden. Sie sind ein guter Anschauungsunterricht vom Wesen des Parlamentarismus und deshalb ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Befreiung des Proletariats vom Parlamentarismus.

## Reichsbanner macht Wahlen.

Gestern erklärte der Sozialdemokrat Heilmann im Landtag, daß das „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ diesmal die Wahlen machen müsse. Am 7. Dezember müsse es schwarz-rot-goldene Reichstagswahlen geben. Es lohne sich darum, der Arbeiterschaft zu zeigen, was das „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ ist. Diese Organisation ist das militärisch-politische Werkzeug der SPD., des Zentrums und der Demokraten.

Die sozialdemokratische Führerschaft macht den bürgerlichen Versuch, in Deutschland, wo die scharfe Trennung der beiden Fronten, Bourgeoise und Proletariat, schon weiter fortgeschritten ist, eine „Linksblock“-Politik nach französischem Muster zu treiben. Was in Frankreich von den Arbeitern immer klarer als elender Schwindel erkannt wird, soll den deutschen Arbeitern als neueste Offenbarung vorgelegt werden. Die sozialdemokratischen Führer suchen die Arbeiter in Verbindung und unter den Einfluß der bürgerlichen Parteien zu bringen. Darum betreiben sie mit so großem Eifer die Agitation für eine solche Einheitsfront mit den Demokraten und dem Zentrum.

Diese Einheitsfrontorganisation der Sozialdemokratie ist das Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Das RB. ist keine Kampforganisation gegen die Reaktion, gegen den Faschismus. Denn „Reaktion“ und „Faschismus“ sind keine Gegner des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern Waffen der Kapitalistenklasse im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Nur in brenzligen Situationen tauscht die Bourgeoisie die „faschistischen“ Kampfmethoden aus mit den „demokratischen“ ohne deshalb auf die Verwendung der offenen Reaktionäre und offenen Faschisten je endgültig zu verzichten.

Das beweisen die Vorgänge in der Leitung des Reichsbanners. Wenig scheidet man aus der Leitung des RB. alle Arbeiter aus, sei es im Bundesvorstand, im Reichsausschuß oder bei den Ortsvorständen. Die enge Verbindung mit dem linken Zentrum und mit den Demokraten ist ihnen das wichtigste Ziel. So heißt es erst in Nummer 10 der „Reichsbanner-Zeitung“ vom 1. Oktober in einer offiziellen Erklärung:

„Die Mehrparteilichkeit des Bundes wird ferner gewährleistet durch die Tatsache, daß in sämtlichen leitenden Körperschaften stets mehrere republikanische Parteien vertreten sind. Die gemäß den Bundesstatuten notwendige Anerkennung des Bundesvorstandes erfolgt durch den Bundesvorstand nur, wenn die Bedingung der überparteilichen Zusammensetzung erfüllt ist.“

Das sind die Bedingungen, unter denen sich Zentrumsteute und Demokraten am RB. beteiligen.

Da aber trotzdem gerade das Zentrum täglich Miene macht, mit dem Reichsbanner wieder böllig zu brechen und zur Fahne Schwarz-weiß-rot zurückzukehren, so erklärt sich einerseits die geradezu hündische Unterwürfigkeit der SPD.-Führerschaft vor dem Zentrum und andererseits ihre kampfhaften Versuche, ihre eigene Bedeutung dadurch zu erhöhen, daß sie vom französischen Linksblock und von der englischen Macdonald-Regierung wohlwollende Empfehlung erbitteln. Löhne verhandelt in Paris, Gripsien in London, Breitscheid ist dauernd auf „Seereisreisen“.

Mit Hilfe der schamlosen enteignungs-kapitalistischen Ausbeuter Deutschlands mit Hilfe der Herriot-Regierung und der zum Leidwesen der SPD. in den letzten Tagen gestützten sogenannten Arbeiterregierung in England will die SPD.-Führerschaft sich noch halten.

Aber zum Vech der sozialdemokratischen Herriot- und Macdonald-Agenten ist die gesamte deutsche Bourgeoisie, jetzt nach Annahme des Dawes-Pakts, in einem heillosen Kagenjämmer. Die deutsche Bourgeoisie hoffte von der Macdonald und Herriot für sich Erleichterungen, mehr Bewegungsfreiheit und Abnahmefähigkeit auf dem Weltmarkt, eine Lockerung des militärischen Griffes an der Gurgel. Nichts ist eingetroffen. Der Dawes-Plan erschollt in der Tat die deutsche Industrie. Herriot und Macdonald, die Gelden der 26prozentigen Einfuhrabgabe, sperren den Weltmarkt für deutsche Produkte. Militärisch haben Herriot und Macdonald bewiesen, daß sie ihren Vorgängern in nichts nachstehen. Wohl werden jetzt endlich als Weste die Truppen aus einigen Zipseln zurückgezogen, aber die Truppen bleiben weiter im allergrößten Teil des besetzten Gebietes. Die Wucheranteile mildert keineswegs die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie, die unter dem immer stärker werdenden Druck der Arbeiterschaft steht.

Unter diesen Umständen hat die Mißgeburt des Linksblocks, dessen Grundlage das Reichsbanner sein soll, schlechte Aussichten für seine Entwicklung. Die Parteien der deutschen Bourgeoisie bringen unter dem Druck ihrer schwer enttäuschten Kagenjämmerlich gestimmten kapitalistischen Auftraggeber unter die deutsche nationale Führung. Die verblühten SPD.-Führer werden da mitgehen und die mit den Unternehmern selbst schnorrenden Reichsbannerführer werden sich mit den schwarz-weiß-roten Faschisten verbrüdernd — gegen die Arbeiterschaft. Als Wahlmänner für den Dawesblock wird man die Reichsbannerkulte gerne verwenden man wird ihnen die Stütze als „Linksblock“ gerne lassen, damit sie möglichst viele Arbeiter mit ins reaktionäre Lager hinüberziehen können. Nach der Wahl werden

## Der Terrorfeldzug geht weiter!

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Kenzler ist in Mannheim verhaftet worden.

Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“ wurde auf der Redaktion von Kriminalbeamten verhaftet und nach Oberfeld transportiert. Weber den Grund der Verhaftung ist nicht bekannt.

Unter starkem Aufgebot von Kriminalpolizei wurden gestern in der Ecklener Buchhandlung der kommunistischen „Volksmacht“ und in den kommunistischen Parteibüros Hausdurchsuchungen vorgenommen. Einige Schriftstücke und Aufzeichnungen wurden beschlagnahmt.

## Die Heze wird verstärkt.

Vogt befiehlt — Sebering und Richter gehorchen.

De. für 29. Oktober.

Der Untersuchungsrichter Vogt hat bei dem Reichskommissar für öffentliche Ordnung heftigste Klage geführt, daß es den Polizei-Ekzekutionen der Länder nur gelungen sei, drei kommunistische Reichstagsabgeordnete: Hillein, Spohlein, Maslowski nach Aufhebung der Immunität zu verhaften. Vogt lobte besonders darüber, daß es noch nicht gelungen sei, Ruth Fischer habhaft zu werden. Er befahl, sie um jeden Preis zu beschaffen und verlangte ein besonderes Polizei-Kommando zu seiner Verfügung. Vogt hat dieses Kommando von Sebering und Richter zur Verfügung gestellt bekommen. Beide bewachten sich (1)



Reichsbanner und Deutschnationale ein Herz und eine Seele sein.

Für das revolutionäre Proletariat ist die Situation ganz klar: Beide werden alle Lasten des Dawes-Vertrages auf das Proletariat abwälzen. Beide werden in den nächsten Monaten und Jahren die schamlose Ausbeutung und Ausbeugung der Arbeiterschaft verstärken, wenn das Proletariat sich nicht endlich zum Abwehrkampf rüstet und diesen Abwehrkampf führt. In der Führung dieses Ausbeutungs- und Unterdrückungsfeldzuges der Bourgeoisie wird das Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“ seine wesentliche Rolle spielen. Die Aufgabe der revolutionären Arbeiter dagegen ist: den wahren Charakter des Reichsbanners „Schwarz-rot-gold“ vor den Arbeitern zu enthüllen, die Arbeiterelemente, die heute noch im A.B. sind, von ihnen loszulösen und in den schärfsten Kampf gegen dieses neue Werkzeug der Bourgeoisie zu führen. Die Arbeiter im A.B. müssen heraus, sie müssen eingereizt werden in die Klassenfront des Proletariats. Die kommunistische Partei muß sich auch jetzt im Wahlkampf dieser Aufgabe mit aller Kraft widmen.

### Lohnbewegung in der oberösterreichischen Industrie.

Der Kampf um die Erhöhung der Löhne hat von Oberösterreich jetzt nach Westböhmen übergegriffen. Die Gewerkschaften der Metallarbeiter haben bei dem Arbeitgeberverband die Forderung auf 25prozentige Erhöhung der Löhne, rückwirkend vom 15. Oktober gestellt. Die Arbeiter im Bergbau verlangen ebenfalls eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20 Prozent, rückwirkend vom 15. Oktober. Die Gewerkschaften begründen ihre Forderung mit dem andauernden Steigen der Lebensmittelpreise. Sollten diese Forderungen von Seiten der Unternehmer nicht angenommen werden, so wird sich unermüdlich der Kampf fortsetzen, denn die oberösterreichische Arbeiterschaft ist nicht länger gewillt, Schindluder mit sich treiben zu lassen.

### Englische Sozialdemokraten entlarven die Fälschung des Sinowjewbriefes.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 29. Oktober.

Der Daily Herald (Organ der englischen Arbeiterpartei) befaßt sich mit dem angeblichen Brief Sinowjews und stellt fest, daß er eine sehr plumpe Fälschung sei, die jeder sofort erkennt. Schon der Kopf, die Sprache, die Unterschriften seien falsch. Auffallend sei, daß der Brief in einem sehr schlechten Englisch abgefaßt ist, während sonst die Dokumente der Komintern in einer tadellosen englischen Sprache geschrieben sind. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß der Brief von russischen Bolschewisten herrührt, die von englischen Sozialdemokraten keine Ahnung haben. Der Zweck sei, dem englischen Publikum das Schreckgespenst einer militärischen Verschönerung vorzutäuschen. Nachforschungen nach der Quelle führen zu a. nach Berlin (!!!) Auffallend sei, daß der Berliner weißgardistische „Kul“ das angebliche Dokument bereits zu einer Zeit veröffentlicht hat, als es in London noch ziemlich unbekannt war.

Mit dieser Stellungnahme des Zentralorgans der englischen Sozialdemokratie wird der ungeheuerliche Betrug entlarvt, der in Deutschland gegen die Sowjetmacht zusammengebracht wurde. Bei den engen Beziehungen zwischen den russischen Weißgardisten im „Kul“ und den deutschen Sozialdemokraten gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir in der Fälschung des Sinowjewbriefes eine Arbeit der deutschen Sozialdemokratie sehen, die über den „Kul“ und die russischen Weißgardisten nach England lanciert wurde. Gerade die hartnäckige Verteidigung der angeblichen Echtheit des Sinowjewbriefes durch die SPD, wie z. B. durch die „Bolschewist“, verstärkt unseren Verdacht. Natürlich wird damit die englische Arbeiterpartei von ihrer Mission nicht reinewaschen. Die Herren hatten zuerst einen Beschuldigten freigesprochen. Jetzt, wo er geblagt ist, erklären sie stolz, man habe sofort erkennen können, daß es ein Schwindballon gewesen sei.

Auch Macdonald läßt jetzt seine eigenen Beamten fallen, die auf seine Verantwortung den Ballon hatten steigen lassen. So läßt sich der große Wahnsinn der englischen Sozialdemokratie, der untertäuscht wurde von der gefassten zweiten Inter-

# Gegen die sozialverräterischen Bürger des Proletariats!

## An die Arbeiter aller Länder! An die deutschen Arbeiter!

Erhebt eure Stimme zum flammenden Protest gegen die Gewalttaten der deutschen Regierung, gegen die sozialdemokratische Bürokratie! Die Geschichte der deutschen Revolution ist eine ununterbrochene Kette des reaktionären Terrors und der Vergewaltigung des werktätigen Volkes. Die jegliche Verfolgung der SPD. läßt aber sogar die reaktionäre Vergangenheit in den Schatten treten. Sämtliche kommunistische Abgeordnete, führende Mitglieder der SPD., Redakteure und Funktionäre sollen verhaftet werden. Aber nicht genug damit; die sozialdemokratisch-nationalistische Konterrevolution macht auch vor den kommunistischen Vertrauensmännern in den Betrieben und Gewerkschaften nicht Halt.

Nach dem Plan der Regierung soll die kommunistische Partei durch Beseitigung des Funktionärkörpers vernichtet werden.

Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratischer Flügel wollen so bei den Wahlen siegen.

Die Republik Ebert-Erdt reißt sich den letzten demokratischen Fetzen vom Körper. Der Sozialdemokrat Sebering und seine Genossen sind reaktionärer als sogar die faschistische Konterrevolution. Sie stellen planmäßig

vier Millionen kommunistische Arbeiter außerhalb des Gesetzes.

Die kommunistische Partei soll gefesselt und geteilt werden.

Die Voraussetzung der Durchführung des Dawesplanes in Deutschland ist die Ruhe und Ordnung herrscht. Ruhe und Ordnung sind jedoch gleichbedeutend mit der schmachvollsten Ausbeutung des Proletariats und dem grausamsten Terror, mit der Ruhe des Friedhofes, der Ordnung des Kasernenhofes.

Die demokratischen Gewalttaten gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sind der Ausdruck der erbärmlichsten Angst der sozialdemokratischen Partei und der nationalistischen Bourgeoisie

vor der Revolution, vor der Bolschewisierung der kommunistischen Partei und der Organisierung der Revolution durch den Vortrupp des revolutionären Proletariats.

Die Verfolgung der kommunistischen Partei Deutschlands durch die regierenden Sozialverräter, das ist die Antwort auf die Bolschewisierung der kommunistischen Partei Deutschlands, auf die Verstärkung ihres Einflusses auf die Massen. Das ist die Antwort darauf, daß die kommunistische Partei die Führerin des deutschen Proletariats wird.

Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratischer Flügel wollen so bei den Wahlen siegen. Die Voraussetzung der Durchführung des Dawesplanes in Deutschland ist die Ruhe und Ordnung herrscht. Ruhe und Ordnung sind jedoch gleichbedeutend mit der schmachvollsten Ausbeutung des Proletariats und dem grausamsten Terror, mit der Ruhe des Friedhofes, der Ordnung des Kasernenhofes.

### Ein Lamp geht — das System bleibt.

(Eigener Drahtbericht.)

Hannover, 29. Oktober.

In einer Versammlung der SPD. wurde die bisherige Liste für den Reichstag beibehalten. Auf der Landtagsliste wurde Leinert gestrichen.

— Gegen die Sozialdemokratie verlangt der Arbeitsausschuß der rheinischen Zentrumspartei eine noch härtere äußere Grenzlinie.

Deutschland wird immer mehr zu dem internationalen Kampffeld zwischen der Front des internationalen Finanzkapitals und seinem Feinde, der kommunistischen Internationalen.

Wir warnen das deutsche Proletariat vor Illusionen darüber, daß der neue Reichstag und das neue Bündnis zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Reaktion seine Lage verbessern werde. Im Gegenteil, der neue Reichstag wird als Vollstrecker des Diktats der amerikanischen und der Entente-Kapitalisten neuen Hunger und neues Elend über die Arbeiterschaft bringen.

Deutsche Brüder, wir stehen zu eurem Kampfe in Wort und Tat! Wir werden die kommunistische Internationale mobilisieren, wir werden in jede Bresche springen, die in der Kampffront entstehen könnte. Wir werden euch helfen, um die Wunden, die der Feind geschlagen, zu heilen.

Arbeiter aller Länder, organisiert eure Solidartät für den heldenmütigen Kampf der deutschen Brüder!

Vorwärts, deutsche Genossen, schließt die Reihen!

Für einen gefangenen Führer müssen zehn neue entstehen!

Vorwärts Brüder, in den Kampf gegen den Klassenfeind! Entlarbt die sozialdemokratische Konterrevolution!

Sozialdemokratische Arbeiter! Erkennt eure Führer an ihren Taten als Feinde der Arbeiterklasse!

Jede Stimme für die Kommunisten ist eine Stimme für die Arbeiterklasse, für den Kampf gegen die Verelendung, für den Sozialismus. Jede Stimme für die SPD. ist eine Stimme für den Kapitalismus, für die Konterrevolution!

Gegen die Diktatur der Dawes-Räuber und ihrer sozialdemokratischen und nationalistischen Agenten, kämpft für die Diktatur des Proletariats.

Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die deutsche Revolution!

Moskau, den 26. Oktober 1924.

### Exekutivkomitee

#### der kommunistischen Internationale.

Sinowjew, Vorsitzender. Manuilsky, Sowjetunion. Zreint, Frankreich. Mac Manus, England. Kolarow, Bulgarien. Kusinen, Finnland. Katahama, Japan. Ercoll, Italien. Wujowitsch, Jugend-Internationale.

### Der Hungertypus geht um.

In der Umgebung von Scharzwerda ist in mehreren Dörfern das zweitemal der Typus ausgebrochen, der auch jetzt auf die Stadt übergegriffen hat. Mehrere Typusranke mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden. Bis jetzt sind drei Todesfälle zu verzeichnen.

Ohne und Manien werden von ansteckenden Krankheiten Grippe, Diphtherie und Scharlach heimgesucht. Die katholische und evangelische Schule mußte geschlossen werden. — Folgen der Unterernährung.

— Zur Belämpfung der Tuberkulose hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt den Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten nicht etwa Geld, sondern gute Ratschläge gegeben.

## Berschwörer und Revolutionäre

Tagebuchauszüge von M. Kasiowski. Copyright: In Amer. Deutscher Verlag, Berlin.

23)

„Meine lieben Kinder“, versuchte der dicke Kaplan eine Ansprache zu beginnen, als ihm das wimmernde Geschöpf über die Köpfe der Umherstehenden hinweg leidend an den biden Bauch flog.

Am Abend dieses Tages fanden wir uns alle im Gefängnis wieder. Kati, Ady, Koratz und ich kamen in eine Zelle.

Sechs Wochen später befreite uns die Menge Napoleon III. hatte bei Sedan kapituliert. In Paris war die Republik proklamiert worden. Wir fuhren alle nach Paris, nach Koratz, trotzdem er einige Zweifel geäußert hatte. Aber als er von Kati gehört hatte, er wäre ein Dummkopf, lächelte er nur und ging getrennt mit.

X.

Ueber die Komme von Paris werde ich kein Wort verlieren. Jeder von uns kennt die Geschichte dieser heldenhaften Stadt, welche zusammen maßte, wie der gemütsche Derrat sie unangenehm, wie die Tage sie mit einem Kitz überzog und wie die schändliche Verleumdung einen Abgrund zwischen ihr und dem übrigen Frankreich aufstieß.

Wer die Geschichte der Revolutionskämpfe kennt, der schreie das Schicksal einer ganzen Stadt voll Helden und Degen, die nun einem elendsten Jodge auf Sand und Anger abmühten. Ein geschickter, junger Savis, Thiers, der Führer des Volkes, das ist der rechte Republikaner unserer modernen Bourgeoisie. Scham ist an. Dieser Mensch hatte mit allem, was es gibt, sein Geschick gemacht, mit Kriegskunst und Durchsichtigkeit, mit Fanatismus und Ehrgeiz. Er hat in seinem Leben so viel gelitten, daß er nicht mehr weiß, was er sagen soll. Sein ganzes Leben ist ausgefüllt mit einer wilden Selbstzufriedenheit. Er hat wie einen Freund gehabt, er war immer hinter der Bühne her und hinter der ihn berechtigenden Differenz an der Bühne, woher sie kam, war ihm höchst egal. Patriotismus und Re-

volution, Kirche und Unglauben, Despotismus und Republik, alles war ihm Profit ab. Er war auch nicht imstande an irgend etwas zu glauben, was selbstlos gewesen wäre. Als Bismarck die Regierung des gekrönten Junkers aller Ideen gestürzt hatte — erwachten in Thiers nur zwei Gefühle: das erste war der Haß dem glücklichen Sieger gegenüber, das zweite: die Eier aus dieser Katastrophe für sich einen möglichst großen Gewinn zu schlagen. In ihm, in seinem zerstückelten Gewissen lebte alles, was von fremder Arbeit und durch die Not und Bestimmung des Volkes existiert. Alles in ihm zitterte um das liebe Vaterland, um sein Frankreich, das ihm Renten abwarf. Aber mitten auf seinem Wege erhob sich plötzlich die gewaltige Stadt voller Gelden — die Stadt, die bis zum äußersten kämpfen wollte, die wie ein Vulkan lachte und neue Ideen über die Welt streute.

Paris, die heilige Stadt der Menschheit, war nie so groß wie in den Wochen der unergiebigen Komme. Mitten in der Gefahr warteten die Menschen plötzlich, daß sie Brüder waren. Unter dem Donner der Kanonen feierte Paris seine Wiedergeburt als Mittelpunkt der Menschheit. Jetzt hatten die Menschen gelernt, sich zins zu fühlen in dem gemeinsamen Welt. Das Paris der Arbeiter wäre vor nichts zurückgeschreckt.

Von diesen Zeiten versuchte man zu berichten, sie hätten das Land nicht geliebt, wären vaterlandlose Burken gewesen.

Thiers versuchte, die Kanonen der Stadt zu steuern. Ich habe gesehen, wie die Bevölkerung ihre Kanonen umarmte und liebte; wir lebende Geschöpfe, die Frauen warfen Blumen über sie an dem Tage, als die heilige Komme entfiel.

Ich sah Kati auf einer Kanone stehen und die Frauen zu den Waffen rufen, zum Kampf um die Freiheit des Menschen. Die Frauen riefen Beifall und trugen sie auf ihren Schultern.

Und so sah ich sie die ganze Zeit.

Wenn irgendeine Abteilung ins Rennen kam, ließ sie ihn, ergriff die Fahne und rief: „Vorwärts! Ihr werdet euch sonst häuten, wenn ich sie!“ Und hinter ihr her lief der reiche Koratz ganz außer Atem und brüllte: „Bine la commune!“ Die einzigen französischen Worte, die er konnte.

Und am Tage, als die Versailler in die Stadt einbrangen, hörte ich Kati rufen:

„Paris ergibt sich nicht! Wir wollen, wir können nicht mehr in Sklaverei leben. Wir wollen sterben, wollen fallen und im Gedächtnis leben unserer Kinder als die große Stadt der Zukunft, als die Hauptstadt der Freiheit!“

Fallen! Lieber fallen als in Unfreiheit leben!“ Eine Straße nach der andern fiel in die Hände der Versailler. Die Verzweiflung bemächtigte sich der Mutigsten. Kati ging von Barrillade zu Barrillade:

„Wir ergeben uns nicht! Wir wollen als freie Menschen sterben!“

„Alle ne se rend pas la commune de Paris.“

„Fürchtet ihr den Tod? Einmal kommt er doch, früher oder später. Ist es nicht besser, mit der Waffe in der Hand zu sterben und frei zu bleiben für immer?“

„Pariser! Ich werde mich hier verteidigen, auch wenn ich allein bleibe! Wer macht mit?“

Da erhoben sich zu ihr pulvergeschwartzte Hände und erhellte Gesichter riefen:

„Tod! Tod! Wir wollen frei sterben!“

„Frauen!“, rief sie. „Bleibt bei euren Männern und Brüdern! Warum nehmt ihr nicht die Gewehr der Toten? Wir werden kämpfen, wir Frauen, wenn die Männer alle fallen sollten.“

Wir schreien nicht: Gott und Vaterland. So schreien nur die, welche sich an Raub und Mord mästen. Gott, das heißt Sklaverei des Geistes! Denn eure Seelen sollen zittern, damit eure Hände Arbeit leisten für die Nichtstuer! Unsere Seele aber zittert nicht.

Wir wollen nie mehr Sklaven werden!“

Am vorletzten Tage begegnete ich ihr an einer Straßenecke.

„Michael!“, rief sie, als ich vorbeiging, ohne sie zu sehen. „Ich dachte schon, du wärest gefallen, und wollest deinen Tod täuschen.“

Sie rief nach Pulver, ihre Hände, ihr Gesicht, ihre Haare. „Jetzt beginne ich zu leben. Jetzt bin ich nicht mehr die Sklavin eines Moroschins. Seitdem ich weiß, daß ich frei mit der Waffe in der Hand sterben werde, kann ich auch ohne Geld an mich denken. Ich küsse dich mit festen Lippen. Ich danke dir für dies Leben des Kampfes, für diese Tage in Paris.“

(Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaftliche Rundschau

## Löhne, Lebenshaltung und Sozialisierung.

### Ein Loch in der Rechnung.

E. L. Als einziges Rezept, aus der tiefen Wirtschaftskrise durch Wiederherstellung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt herauszukommen, kennen das deutsche Unternehmertum und seine Regierung nur die sogenannte Verbilligung der Produktionskosten durch Ueberarbeit und Hungerlöhne. Die kapitalistischen Soldschreiber in allen Zeitungen und Zeitschriften weisen nach, daß nur durch die Mehrarbeit und durch Lohnkürzung die „deutsche Wirtschaft“ wieder gesunden könne. Lujó Brentano, dieses Fossil aus der Zeit des Kathedersozialismus, dessen „voraussetzungslose Wissenschaftlichkeit“ schon Friedrich Engels vor 34 Jahren im Vorwort zur 4. Auflage des 1. Bandes des „Kapital“ für alle Zeit gebrandmarkt hat, bekennt sich auf dem Prager Internationalen Kongreß für Sozialpolitik unter dem Beifall aller Großkapitalisten zu Seniors letzter Stunde, indem er erklärt, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie schon den Achtstundentag bekommen, in diesen acht Stunden mindestens so viel produzieren müßten wie jetzt in zehn und zwölf Stunden. Was aus der Sprache des professoralen Gewächs ins Deutsche übersetzt heißt, daß die deutschen Arbeiter im Interesse ihrer Kapitalisten für alle Zukunft zehn und zwölf Stunden zu schufteln haben.

Die kapitalistische Praxis entspricht dieser Lehre. Dank dem Zurückweichen der deutschen Arbeiterklasse vor der Unternehmeroffensive, dank der sozialdemokratischen Geburtshilfe bei der Durchsetzung des Zehn- und Zwölfstundentages, dank der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsbürokraten hat das deutsche Proletariat den Achtstundentag längst verloren. Die Löhne in Deutschland sind niedriger als in irgendeinem andern kapitalistischen Konkurrenzland. Alle sozialhygienischen und sozialpolitischen Gesetze, die das Leben und die Gesundheit der Ausgebeuteten, wenn auch unzulänglich, geschützt haben, sind als Unkosten verursachend, abgebaut. Die faux frais der Produktion, Steuern, Tarife und Gebühren sind den Kapitalisten gestundet und geschenkt. Trotzdem wütet die Krise weiter. Trotzdem will sich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt nicht einstellen.

Also hat die schöne Theorie und Praxis der Notwendigkeit der Ueberarbeit und der Hungerlöhne als Grundvoraussetzung für den Wiederaufbau der „deutschen Wirtschaft“ ein Loch.

### Tendenzen der Lohnentwicklung.

In der letzten Wirtschaftsbeilage ist an der Hand der schwindelhaften Lohnstatistik des Statistischen Reichsamts gezeigt worden, was es mit den Nominal- und Reallohnen der Berliner Arbeiter — deren Lage hier nur als Beispiel für die mindestens ebenso schlechte Lage der ganzen deutschen Arbeiterschaft genommen ist — auf sich hat. Die Nominallöhne bleiben um 10 bis 15 Prozent, die Reallohne um 50 und mehr Prozent hinter den Friedenslohnen zurück.

Die Lebenshaltung des deutschen Proletariats verschlechtert sich bei steigender Arbeitszeit dauernd durch sinkende Löhne einerseits, durch steigende Preise andererseits.

Das Fallen der Reallohne ergibt sich schon aus den bürgerlichen Indexberechnungen, die trotz aller Bemühungen die Preiswucher nicht wegwischen können. Es ergibt sich deutlich aus dem Steigen des proletarischen Lebenshaltungsindex der „Roten Fahne“, der in der letzten Woche bis auf 66,79 Mark für eine Arbeiterfamilie von 6 Köpfen gestiegen ist.

Aber selbst die Zahlen des Statistischen Reichsamts, die für die Berliner Arbeiter am 1. Oktober Friedensreallohne errechnen, müssen zugeben: das Sinken des Reallohnes bei gleichbleibendem Nominallohn.

So sind nach der Tabelle des Statistischen Reichsamts die Nominallöhne der Berliner Metall- und Chemiarbeiter seit April, die der Buchdrucker und Eisenbahner seit Juni, die der Holzarbeiter seit Juli unverändert. Die Reallohne der gelernten Arbeiter waren nach der gleichen Tabelle mit 100 am 6. August, der Ungelernten am 4. Juli und 3. September mit 106,4, den Durchschnittslohn von 1913 als 100 angenommen, am höchsten. Seitdem fallen sie dauernd.

Noch eine andere, das unaufhaltsame Abgleiten der proletarischen Lebenshaltung kennzeichnende Tendenz kommt selbst in der amtlichen Schwindelstatistik zum Ausdruck: das Sinken der Löhne der qualifizierten Arbeiter. Die Löhne der gelernten und der ungelerten Arbeiter gleichen sich an — aber nicht dadurch, daß die schlechten Löhne dieser steigen, sondern daß die geringen Löhne jener fallen. Selbst nach der Tricktabelle des Statistischen Reichsamts bleiben die Realstundenlöhne der gelernten Arbeiter mit 95,9 um 4,1 Punkte hinter den Friedensreallohnen zurück.

Dabei wird zugleich die Gegentendenz einer von neuem wachsenden Spannung zwischen den Löhnen der Gelernten und Ungelernten auf der Grundlage der gesenkten Löhne sichtbar. Die Spannung der Löhne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter hat sich von Anfang Januar bis zum 1. Oktober von 22 Prozent auf 47 Prozent erhöht, während sie 1913 57 Prozent betrug. Nachdem das Lohnniveau im allgemeinen gefallen ist, suchen die Kapitalisten jetzt neue Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft durch Prämienzuschläge, Tarifabstufungen zugunsten der qualifizierten Arbeiter zu schaffen mit dem Ziel einer verschärften Ausbeutung der ganzen Arbeiterklasse.

### Hungerlöhne und Rentabilität.

Entgegen aller kapitalistischen Voraussetzung haben Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung zur Ueberwindung der Krise nicht geführt. Es geht mit der Produktionskostensenkung durch die Lohnkürzung und die Verlängerung der Arbeitszeit schließlich genau so wie mit dem Valuta-Dumping durch die Geldentwertung: an einem gewissen Punkte der Entwicklung schlagen Geldentwertung sowohl wie Lohnraub und Zwölfstundentag aus Mitteln der kapitalistischen Konkurrenz in Ursachen neuer Krisen um.

Die fortdauernde Krise gerade ist es, die den Inflation und Deflationsgewinnern und den Dawes-Faßzüglern diese Dialektik einzupauken beginnt. In der „Textil-Zeitung“ eben Ogan der Textilkapitalisten, finden sich in der Nummer vom 12. Oktober bemerkenswerte Erkenntnisse und Bekenntnisse über

den Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe, der Produktivität und der kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit.

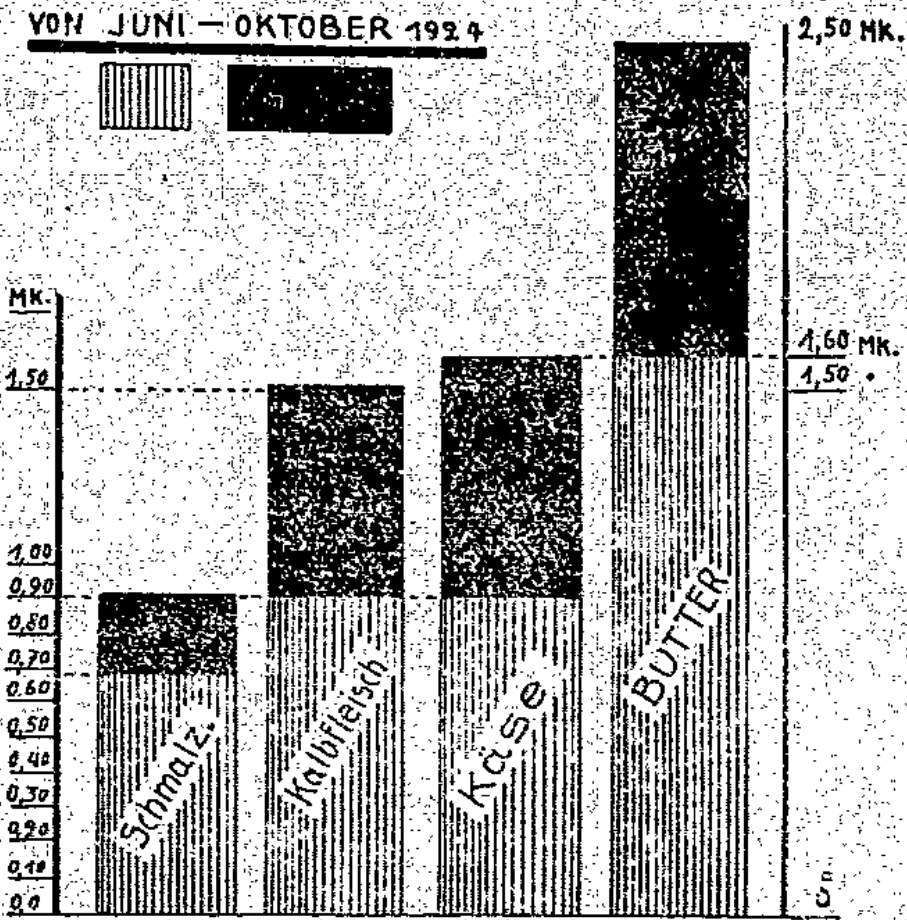
Zunächst stellt das Blatt über die Höhe des Lohnanteils, und damit die Höhe der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter im Vergleich zu den Arbeitern anderer Länder, folgendes fest:

„Das Verhältnis des durchschnittlichen Schichtlohnes eines Hauers im Kohlenbergwerk in Deutschland und England war 1914 wie 1:1,21, während es heute 1:1,92 beträgt, mit anderen Worten: 1914 war der englische Hauerlohn 20 vom H. höher als der deutsche, während er jetzt 90 v. H. über diesem liegt. Folgende zwei weitere Beispiele zeigen, daß es sich dabei um eine allgemeine Erscheinung und nicht um ein Zufallsergebnis handelt. Der Textilarbeiterlohn stand 1914 in Dänemark und Deutschland etwa in einem Verhältnis von 1:1,12, heute ist das Verhältnis etwa 1:1,2, d. h. in Dänemark ist der durchschnittliche Goldlohn eines Textilarbeiters doppelt so hoch wie in Deutschland, während er diesen früher nur um 12 v. H. überstieg. Fast dasselbe Ergebnis verhalten wir beim Vergleich der Durchschnittslöhne gelernter Metallarbeiter in der Schweiz und in Deutschland. Während das Verhältnis 1914 1:0,87 betrug, also die schweizerischen Löhne um 13 v. H. unter den deutschen lagen, beträgt es jetzt 1:1,80, d. h. der Schweizer Lohn hat den deutschen um 80 v. H. überstiegen.“

Die Kapitalistenoffensive ist also auf der ganzen Linie gescheitert. Der Lohnanteil der deutschen Arbeiter ist tiefer als der irgendeines Klassengenossen in einem anderen europäischen Land. Die deutschen Arbeiter haben, nach dem Bekenntnis des kapitalistischen Blattes, wirklich Kullilöhne erreicht.

### Preissteigerung in Deutschland - Produktionserhöhung und Preissenkung in Rußland.

#### STEIGERUNG DER LEBENSMITTELPREISE



### Das proletarische Existenzminimum

der Woche vom 20. bis 26. Oktober

beträgt

**66,79 Mark**

gegenüber

66,27 Mark der Woche vom 12. bis 19. Oktober.

Die Verteuerung der Lebenshaltung ist zurückzuführen auf Preissteigerungen von Wurstwaren, Eiern und einigen Gemüsesorten.

### In Rußland.

Der Aufschwung in der russischen Industrie, seit Monaten das charakteristische Zeichen des Wirtschaftslebens der Sowjet-Union, hat sich im September fortgesetzt. In allen Industriezweigen — mit Ausnahme der Naphtha-Produktion, die wegen außerordentlicher Vorräte vorübergehend etwas eingeschränkt worden ist — ist die Produktion gestiegen. Die Kohlenproduktion weist eine Zunahme von 11 Prozent, die Garnproduktion eine Zunahme von 56 Prozent, die Produktion fertiger Manufakturwaren eine Zunahme von 51 Prozent auf.

Der Markt zeigt — ebenso wie im Juli und August — eine Vergrößerung des Warenumsatzes und einen ausgesprochenen Warenhunger. Die Textil-, Metall- und die Lederindustrie können die Nachfrage nicht befriedigen. Trotzdem führt der Warenhunger in dem von den Staatsorganen kontrollierten und beherrschten Großhandel zu keinen Preiserhöhungen, sondern zu weiterem Preisabbau, da der Massenabsatz die Verbilligung der Produktion ermöglicht. Im Kleinhandel versucht das Privatkapital die starke Nachfrage zu Preissteigerungen auszunutzen; es hat in einzelnen Industriezweigen die Spannung zwischen Großhandelspreisen und Kleinhandelspreisen erweitert, so daß man vielfach von einer neuen Schere, nämlich vom Mißverhältnis zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen, spricht. Die genossenschaftlichen und staatlichen Handelsorgane führen einen energischen Kampf gegen die Versuche der Spekulation, sich im Kleinhandel einen letzten Schutzwinkel zu sichern.

Der Wert der gesamten Produktionserhöhung im September beträgt nicht weniger als 150 Millionen Rubel in Vorkriegswährung. Angesichts dieser gewaltigen Summe fragen manche Wirtschaftler, ob eine weitere Steigerung der Produktion angezeigt sei. Ihre Befürchtungen sind aber unbegründet, denn die schnelle Steigerung der Produktion beruht auf der gesteigerten Nachfrage, also auf einer sehr gesunden und tragfähigen Grundlage.

Und der Erfolg für die Verbilligung der deutschen Waren auf dem Weltmarkt? Die „Textil-Zeitung“ führt fort:

„Angenommen, eine Maschine, die für die Textilindustrie einen technischen Fortschritt bedeutet, habe einen Preis von 20000 Mark. Sie müsse außerdem mit 10 v. H. amortisiert werden. Die jährlichen Kosten der Einführung dieser Maschine betragen also 2000 Mark. Weiter angenommen, daß durch diese Maschine hundert Arbeiter erspart werden. Es erhebt sich die Frage, ob sich die Einführung einer solchen Maschine in Deutschland bzw. in Dänemark lohnt. Da der Stundenlohn eines ersparten Arbeiters in Deutschland 46 Pf. beträgt, erspart der deutsche Industrielle bei 2400 Stunden Jahresarbeitszeit 1104 Mark. Der dänische Industrielle erzielt dagegen bei einem Stundenlohn des Arbeiters von 93 Pfennig eine Ersparnis von 2232 Mark. Da die Einführung der Maschine das Unternehmen pro Jahr 2000 Mark kostet, würde der deutsche Industrielle dadurch einen Verlust erleiden von 896 Mark, während der dänische einen Gewinn erzielt von 232 Mark. In Deutschland müßte also die Einführung einer solchen Maschine, d. h. das Mitmachen eines technischen Fortschritts, der die Produktivität des Landes zweifelloser erhöhen würde, unterbleiben, während die dänische Industrie dadurch sogar ihre Rentabilität verbessern würde.“

Aus diesem Beispiel ersieht man, welche Nachteile einer allzu niedrigen Lohnlage eines Landes auf den Stand des technischen Fortschritts innewohnen können.“

Damit ist mit dürren Worten von einem Unternehmerblatt zugegeben, daß die deutschen Hungerlöhne und die Ueberarbeit selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus zu einer Fessel der Produktivität werden, daß sie aus einer Steigerung der Konkurrenzfähigkeit in eine Ursache der Krise umschlagen.

### Gefangen in den eigenen Widersprüchen.

Was ergibt sich daraus für die praktische Politik der Arbeiterklasse? Die selbstverständliche Forderung der Lohnerhöhung, der Erhaltung der Friedensreallohne als der Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse.

Aber diese Forderung, dieser Kampf um sie stößt in Deutschland sofort auf die Schranken der kapitalistischen Produktions- und Konkurrenzfähigkeit, die der bürgerliche Staat mit allen seinen Machtmitteln gegen die andrängende Arbeiterschaft verteidigt. So richtig es ist, daß die niedrigen Löhne die Krise, statt sie zu beheben, auf die Dauer verschärfen, so wenig ist der deutsche Kapitalismus heute in der Lage, die Existenz der Arbeiterklasse durch Gewährung der Friedensreallohne zu mildern. Genau so wie er die Geldentwertungskrise nur gegen die Kreditkrise vertauscht hat, befindet er sich in der Frage der Lohn- und Arbeitszeit in einem für ihn unlöslichen Widerspruch: die Hungerlöhne zerstören seine Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität schließlich genau so wie es die Friedensreallohne tun würden.

Die Gewerkschaftsbürokratie, besorgt allein um die Lebensfähigkeit des Kapitalismus statt um die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, glaubt den Widerspruch durch behutsames Vorgehen aufheben zu können, wenn sie, in Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, bescheidene Lohnforderungen stellt. Gewerkschaftsbürokraten und Sozialdemokraten folgern, daß höhere Löhne die „Kaufkraft“ des inneren Marktes erhöhen und damit schließlich die „Wirtschaft“ wieder in Gang setzen würden. Aber diese Wirtschaft ist kein Idyll, in dem die Bedürfnisse der Arbeiterklasse für die Produktion bestimmend sind. Sie ist der brutale Kapitalismus, der auf Kosten der Arbeitenden lebt; der nicht den inneren Markt befriedigt, sondern, unter der Bedingung der Verödung und Beraubung des inneren Marktes, für den Export arbeitet; für den niedrige Löhne und Ueberarbeit, die Verneinung der Existenz der Arbeiterklasse, zugleich Existenzbedingung und Krisenursache ist.

Gerade der Dawes-Plan, in dessen Verwirklichung die Sozialdemokratie den Ausweg aus diesem Widerspruch sieht, verschärft ihn nur. Indem er Deutschland kolonisiert, indem er den deutschen werktätigen Massen ewige Sachleistungs- und Geldtribute auferlegt, indem er den deutschen Kapitalismus zum Lieferanten für die imperialistischen Bedürfnisse der New Yorker Kolonialherren macht, muß er die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch tiefer als bisher verdrängen. Das Sinken der Löhne selbst nach der Tabelle des Statistischen Reichsamts beweist das zur Genüge.

### Löhne und Sozialisierung.

Dieser unentrinnbare Kreislauf für den deutschen Kapitalismus, der Widerspruch, der in ihm zum Ausdruck kommt, ist nur eine besondere Form des allgemeinen Widerspruches, der dem Zerfall des deutschen Kapitalismus zugrunde liegt: der Fesselung der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Der Kapitalismus geht an seinen eigenen Gesetzen zugrunde.

Das Proletariat kann den tödlichen Ring dieser Widersprüche, deren Opfer es ist, nur zerbrechen, indem es den Kapitalismus zerbricht.

Die Zeit der Zerreißung dieser Fessel durch das Proletariat ist das Zeitalter der sozialen Revolution. Die Aufgabe ihrer Zerreißung ist die Aufgabe des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei.

Nur die neue Gesellschaftsordnung, die gegründet ist auf die politische Macht der Arbeiterklasse, kann die Existenz der Arbeiterklasse sichern und zugleich die Produktivkräfte der Gesellschaft im Sozialismus neu entfalten.

Die Sozialisierung, der Kampf um die Macht der Arbeiterklasse ist die aktuelle politische Aufgabe. Aus dem Kampf um Lohn, der jeden Proletarier, jeden Arbeiter und jede Arbeiterin ganz unmittelbar ergreift, weil jeder von ihnen Hunger und Not begreift, entspringt so der Kampf um die Sozialisierung genau so wie alle übrigen Teilkämpfe um die Existenz des Proletariats, die Aufhebung der Arbeitslosigkeit durch die Eingliederung der Arbeitenden in den Produktionsprozeß, die Abwehr der Steuerausplünderung erst dann siegreich bestanden sind, wenn das Proletariat seine Herrschaft aufgerichtet und die Produktionsmittel ver-gesellschaftet hat.



# Der Zentral-Ausschuß der KPD.

## (Schluß.) Nicht nur erhält das Wort der Referent über die Agrarfrage.

Die gegenwärtige Agrarkrise ist eine Teilerscheinung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Darin unterscheidet sie sich von der großen Agrarkrise des 19. Jahrhunderts. Diese war eine einfache Überproduktionskrise, die im Wesen dadurch charakterisiert wurde, daß die damals stark aufsteigende Tendenz des Kapitalismus eine so starke Vergrößerung des Konsums an Lebensmitteln mit sich brachte, die eine Überwindung der Agrarkrise erzwang. Hierzu ist gegenwärtig keine Aussicht vorhanden. Die Konsumkraft West- und Mitteleuropas, von der die Gestaltung der Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt abhängt, bleibt auch weiterhin sehr beschränkt. Infolgedessen ist die gegenwärtige Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte nur eine vorübergehende und wird im nächsten Wirtschaftsjahr einer neuen "Schwere" Platz machen.

Für die KPD ist es von größter Wichtigkeit, ihren Einfluß auch auf die ländliche Bevölkerung Deutschlands auszuweiten. Die Möglichkeit hierzu ist dadurch gegeben, daß die herrschenden Klassen in Deutschland die Folgen des Dawes-Planes zum Teil auf die Bauernschaft abwälzen. Die Bekämpfung der arbeitenden Bauernschaft ist seit der Stabilisierung in Deutschland eine erdrückend hohe. In vielen Fällen zwingt sie die Bauern zur Veräußerung ihres Viehbestandes. Insbesondere ist es in diesem Jahre infolge der Mißernte der Getreide, die vor allem die Kleinbauernlichen Gebiete Deutschlands betroffen hat.

Im Kampfe um die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung steht die KPD auf zwei Hindernisse: die Agrarier und die Sozialdemokratie.

Die Agrarier waren bisher mit Erfolg bestrebt, eine "Einheitsfront aller Landwirte" zu schaffen, indem sie den Kleinbauern und armen Parzellenbauern die Meinung beibrachten, daß alle Landwirte gemeinsame Interessen hätten. Dies bezog sich insbesondere auf die Schutz- und Preisfrage. Sie verfolgten die Politik, den armen Bauern den Glauben beizubringen, als ob sie an Schutzgöllen, hohen Preisen des Getreides interessiert wären. Dies ist gewöhnlicher Betrug, denn die überwiegende Mehrzahl der arbeitenden Bauern Deutschlands hat eine so kleine Wirtschaft, daß sie kein Getreide zu verkaufen haben, sondern im Gegenteil Getreide oder Futtermittel zukaufen müssen. Sie sind daher an niedrigen Getreidepreisen interessiert. Ihr Interesse ist in der Schutzfrage jenen der Agrarier entgegengesetzt.

Die Sozialdemokratie befolgt mit ihrer "Konsumenten-Politik" die Geschäfte der Bourgeoisie, indem sie die deutsche industrielle Arbeiterklasse in einen unterschiedlichen Klassen-gegensatz zu der ländlichen Bevölkerung überhaupt bringt und dadurch das zum Sturze der Klassenherrschaft notwendige Bündnis der industriellen Arbeiterklasse mit den Landarbeitern und -bauern zu verhindern trachtet.

Demgegenüber muß die KPD die Einheitsfront der ländlichen Bevölkerung unter Führung der Agrarier brechen, indem sie an die täglichen Sorgen der ländlichen Bevölkerung anknüpft, ihre Forderungen unterstützt, den Gegensatz gegenüber den Agrariern und der Bourgeoisie klar herausarbeitet und ihnen bewußt macht. Insbesondere sind es die Fragen der Bodenverteilung und der Steuern, die bei den Kleinbauern in der Mittelschicht gestellt werden sollen. Entsprechend ihrem Programm soll die KPD die Steuerfreiheit der armen Bauern und die Erzeugung ihres Wohlstandes auf eine volle Ernährung auf Kosten des zu konsumierenden Großgrundbesitzes in der Vordergrund stellen. Sie muß hierbei betonen, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft dies an dem Widerstand der herrschenden Klassen scheitert; daß eine volle Verwirklichung nur nach Ausschöpfung der Mittel der Proletariats möglich ist, wie es das Beispiel Rußlands beweist.

Was speziell die Schutzfrage anbelangt, so muß die KPD das Schwergewicht auf die Forderung durch Zwangs-Bekämpfung der Bauernschaft mit billigen Produktionsmitteln, Maschinen, Kunstdünger usw. legen und einen gemeinsamen Kampf der industriellen Arbeiterklasse und der Bauernschaft gegen den von Parteien organisierten Preiswucher führen.

Es ist absolut notwendig, daß die industriellen Arbeiter der kommunistischen Partei, die auf dem Lande wohnen und mit der ländlichen Bevölkerung Berührungspunkte haben, viel aktiver als bisher an die Organisierung und Beeinflussung der gegenwärtig noch unklaren Schichtung unter der Bauernschaft herantreten. Die scharfe Reaktion der bürgerlichen Presse des Landbundes und der Kirche auf den Versäcker Bauerntag beweist, wie wichtig zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Klassenherrschaft die Unterdrückung der Bauernschaft ist.

### Vertreter der Abteilung Land

ergänzt die Ausführungen des Referenten zur Agrarfrage. Die kleinen und Mittelbauern in Deutschland sind durch ihre Kapitalisten gezwungen worden, bis zu 10 und 12 Prozent Zinsen pro Monat, d. h. bis zu 120 Prozent im Jahre für Kredite zu zahlen. Das solche Kleinbauern zugrundegehen, ist

unverständlich. Durch den ungeheuren Steuerdruck wird die Krise der Kleinbauern noch verschärft. Die Großgrundbesitzer haben durch die Öffnung der Grenzen für die Getreideausfuhr, durch ungeheure Preissteigerung und die verstärkte Ausbeutung der Landarbeiter Preisproteste erzielt.

Die Arbeit unter den Kleinbauern hat die besten Aussichten auf große Erfolge. Der Genosse spricht über den Plan der Arbeit unter den Kleinbauern für die nächste Zeit.

Zur Frage der Landaufteilung. Auf Kosten der Landarbeiter werden wir selbstverständlich keine Aufstellung durchführen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in vielen Gegenden Deutschlands Großgrundbesitz haben, der nicht Großbetriebe ist, sondern in Kleinparzellen aufgeteilt ist. Selbstverständlich werden wir diese Parzellen den Bauern übergeben und einen Kampf dieser Kleinparzellen für dieses Ziel organisieren. Dann haben wir in diesen Teilen Deutschlands einen Großgrundbesitz, der so verstreut ist, daß er im Großbetriebe nur sehr schlecht bewirtschaftet werden kann. Auch hier müssen die Möglichkeiten zur Aufteilung von uns voll ausgenutzt werden. Der Redner bespricht die Mißernte.

Es ist uns gelungen, parteilose Kleinbauernführer für den bevorstehenden Kampf gegen die Schutzgölle und für den Sozialisierungskampf unserer Reichstagsfraktion zu bringen. Der Genosse gibt Beispiele dafür an.

Bei aller unserer Arbeit stehen wir aber in den ersten Anfängen.

Die Resolution zur Agrarfrage wird einstimmig angenommen.

### Bericht der Beschwerdekommision

Die Beschwerden der Gen. Kaiser und Schumacher, Berlin und Faber-Hamburg gegen ihren Ausschluß aus der Partei werden auf Antrag der Beschwerdekommision einstimmig zurückgewiesen. Auf Antrag der Kommission wird ferner beschlossen, bei drei Offener Genossen, die aus der Partei ausgeschlossen worden sind, noch einmal eine Untersuchung vorzunehmen.

Genosse M. teilt in einer persönlichen Erklärung mit, daß er mit der Verhinderung einer Fraktionsbildung nichts zu tun habe, und daß alle Beschlüsse der Parteiführerschaft von ihm selbstverständlich durchgeführt werden.

Nach einem kurzen Schlußwort wird der 31. geschlossen.

## Gewerkschaft

### Verpflichtung der Parteigenossen

zur Mitgliedschaft und zur Arbeit in den Gewerkschaften  
Kommunistische Resolution des Zentralkomitees der KPD.

Der Zentralkomitee der KPD erklärt: Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der KPD verpflichten alle Mitglieder der kommunistischen Parteien zur Mitgliedschaft und zur revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Nur durch eine solche und zielartige, revolutionäre Aufklärungs- und Organisationsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften kann der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampfe überwunden werden. Keine Sektion der kommunistischen Internationale kann ihrer Mitglieder von dieser Pflicht entbinden. Die Beschlüsse der kommunistischen Internationale müssen ohne Vorbehalt durchgeführt werden.

Der Zentralkomitee der KPD fordert darum zuerst und kategorisch von allen Mitgliedern der Partei, sofern sie gewerkschaftlich nicht organisiert sind, in die 1222 Verbände einzutreten und unverzüglich ihre revolutionäre Arbeit dort aufzunehmen. In Erfüllung der Beschlüsse der KPD erklärt der Zentralkomitee kein Mitglied der kommunistischen Partei Deutschlands kann nach dem 1. Dezember 1924 ein Fraktionsmitglied in der Partei bestehen, wenn er bis dahin nicht Mitglied seiner zuständigen Gewerkschaft ist. Kein Genosse kann nach dem 1. Februar 1925 mehr Mitglied der Partei bleiben, wenn er bis zu diesem Termin sich nicht gewerkschaftlich organisiert hat. Ausnahmen sind nur zulässig für solche Genossen für die die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit nicht besteht wie Frauen usw. Die Entscheidung liegt bei der örtlichen Parteiteilung (dabei ergehen Anweisungen der Zentrale).

Der Parteikomitee beauftragt alle Parteiorganisationen mit größter Energie dahin zu wirken, daß alle Parteimitglieder schon vor dem genannten Termin ihren gewerkschaftlichen Organisationen zugeführt werden und in diesen ihre revolutionären Pflichten erfüllen.

### Wie die englischen Gewerkschaften den Wahlkampf beeinflussen.

Einige Wochen vor der Reichstagswahl in Deutschland erfolgte auch die Auflösung des englischen Parlaments. Die englischen kommunistischen Gewerkschaften haben sich in den Wahlkampf mit einem Wahlmanifest eingekleidet, das ein gutes Beispiel für eine solche Arbeiterpolitik der Gewerkschaften abgibt.

In diesem Wahlmanifest erklären die englischen oppositionellen Gewerkschaften: "Daß es ihnen unmöglich ist, in diesem parlamentarischen Kampfe eine sogenannte 'Neutralität' zu bewahren, da es sich um einen revolutionären Kampf handelt. Sie fordern alle Arbeiter um folgende Forderungen aufzutreten und alle Arbeiterkandidaten auf dieses Programm zu verpflichten:

"Verwirklichung der Forderungen des Haller Gewerkschaftskongresses." Das sind ein einheitlicher Achtstundentag, die achtstündige Arbeitswoche, Aufhebung des Bergwerks, der Eisen- und Stahlindustrie, der Eisenbahnen ein großzügiges Programm, Verbesserung des Personals und des Arbeiterfortschritts.

"Verwirklichung der Arbeiterforderungen des Haller Gewerkschaftskongresses." Das sind Arbeit oder volle Bezahlung für alle Arbeitslosen, Konsumsteuer, ein einheitliches Bestehen für die Arbeitslosen, Herabsetzung der Arbeitszeiten der Arbeitslosen auf ein Maß, das notwendig ist, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzuführen. Die Konsumsteuer gegen die Arbeiterbewegung, Streikverbot, alle Befehle, Bekämpfung des Dawes-Planes, Streikung aller

Kriegsschulden, Bekämpfung der gesamten Reparationspolitik, Ratifizierung des englisch-russischen Handelsvertrages, Garantierung einer 100 Millionen Pfund-Anleihe an Sowjetrußland, Ernennung eines Botschafters nach Rußland, der vom Generalkomitee des Gewerkschaftskongresses zu wählen ist. Volle Freiheit für alle Völker und Rassen innerhalb des britischen Reiches, Beizurechtung aller Kredite für Rußland und Kriegsvorbereitungen."

Die deutschen Gewerkschaften müssen ein dementsprechendes Arbeiterprogramm (dem Kandidaten auszuwählen, der vorgibt, als Arbeiterindividuum in den Reichstag gewählt werden zu wollen. Dies wäre eine gute Demaskierung der sozialdemokratischen Wahlmacht in den Gewerkschaften.

Außer den kommunistischen Kandidaten wird keine einzige Partei dieses wirkliche Arbeiterprogramm übernehmen.

## Betrieb und Werkstatt

### Karl, du irrst dich!

Ein Tag, Karl, du irrst in ein lautes Leben: hohen Lohn, gute Arbeitsbedingungen, angenehme Verhältnisse..."

"Du bist wohl Menschlein, umschraub mich Karl. Diese Forderungen sind hebe Schae zahlen?"

"Du übertrieb, Karl, antwortet ich, 'so schlimm kann es bei euch nicht sein. Ich lese ja nichts über euren Betrieb, keine Beschwerde, keine Schilderung der Zustände, nichts..."

"Ja, Karl, ich werde doch nicht mit jedem Wort zu unternommen sein. In allen Betrieben ist die gleiche Mißere wie bei uns. Das interessiert die Kollegen gar nicht. Sie kennen ihr eigenes Elend und sind zufrieden."

"Ja, das ist nicht ganz richtig in der Tat. Der war ganz anders, wie ich meine. Ich habe die Schichten-Arbeiterzeitung gelesen. Da stehen die Arbeiter in die Arbeiterzeitung geschrieben und die Arbeiterzeitung hat ihnen helfen und etwas durchzusetzen wollen."

"Ja, aber bei uns ist das was ganz anderes..."

"Was anderes, Karl? antwortet ich, Das einmal erklärst du, das ist in allen Betrieben so, deshalb laßt du keine Beschriftung der Zeitung, und jetzt wieder in dein Betrieb eine ganz besondere Nummer und deshalb hätte es keinen Sinn, über ihn zu schreiben. Wann hast du nun geschwindelt, das erste oder das zweitemal?"

"Ich habe auch so wenig Zeit..."

"Jetzt hast du wieder eine neue Anrede. Du bist ein fauler Kopf. Komm zu mir herüber und schreibe gleich einen Betriebsbericht."

"Nein, nein, ich geht es nicht. Aber ich schreibe ihn heute noch beizumitteln. Er wird schon. Ich mach jetzt noch zu einer Hauptversammlung. Rufen wird der Bericht doch nicht..."

"Jetzt, jetzt einmal, ich nicht immer so langsam. Es wird schon, beizumitteln! Hauptversammlung! Schreibe! Wie ich dich Karl!"

"Auf Wiedersehen!"

### Auf dem Straßenbau in Frankfurt

Einige der demagogischen Pappbeim-Verwalter im Straßenbauern Bruno Rigischel keine arbeiterfreundliche Organisation und Bravität seinen Gesinnungen gegenüber durch folgenden Vorfall: Bei der Pflanzung der Straßens sind die Straßens nicht richtig gepflanzt worden, und als der Kamerad Schlor die Straßens räumte, ist ihm die ganze Straßens beim Räumen nicht gelungen. Darüber war der Pappbeimverwalter heutzutage aufgebracht, daß er den Kamerad Schlor mit folgenden Ansprachen von dem Straßens jagte:

"Alle, verflucht, über dich zum Teufel!"

Schlor ging davon, jedoch über eine Amsel, und als er die Straßens hatte, rief ihn der demagogische Pappbeimverwalter Bruno Rigischel eigensinnig und brünnel von dem Straßens. Auch jetzt er keine Antwort, weshalb nach besonders dadurch, daß er keine Antwort das Straßens während der Arbeit verflucht.

Bitte! An den Straßens mit solchen Leuten unternehmen, die selbst aus dem Arbeiterstande herabgekommen sind.

### An die Arbeiter der Vereinigten Holzindustrie (Matthiaswerk).

Die kapitalistischen Ausbeuter gehen ganz systematisch daran, die Arbeiter zu verhungern zu lassen. Die Preise aller Dinge, die Ihr zum Leben braucht, sind für Euch unerträglich. Die Löhne der Arbeiter wachsen immer mehr zur Katastrophe aus. Die Löhne sind so niedrig, daß man kaum noch notwendig das Leben fristen kann.

Und noch sind diese Blutlanger nicht zufrieden! Sehr bis zwölf Stunden sollt Ihr schuften. Und wenn es der Profit des Unternehmers verlangt, werdet Ihr auf die Straße geworfen und dem Elend preisgegeben.

Am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei Freier, Michaelstraße 3, eine

### Prolet-Verammlung

aller Arbeiter der Vereinigten Holzindustrie statt.

Arbeiter vor die Front; zeigt, daß Ihr entschlossen seid, Euch ein besseres Leben zu erkämpfen. Jeder muß an dieser Verammlung teilnehmen.

Betriebsrat der Vereinigten Holzindustrie (Matthiaswerk).

### Der Betriebsrat in der Betriebswerkstatt Breslau- Oderort und der Sanitär des Betriebsamts II Breslau-Oderort.

Der Leiterzeitung der "Schlesischen Arbeiter-Zeitung" infolge falscher Berichterstattung veröffentlichte Artikel über das angeblich unethische Verhalten des Sanitäters Richard Fischer vom B.-A. 2 gegenüber einem verunglückten Eisenbahner von der Betriebswerkstatt Breslau-Oderort hat sich folgendermaßen ausgeföhrt: Der Sanitär Richard Fischer hat die Anweisung und Pflicht, nur für innerhalb des B.-A. 2 entstehende Betriebsunfälle sanitäre Hilfe zu leisten, und darf ohne Vertretung den Betriebsrat resp. Betriebsrat nicht verlassen. Wenn damals dem verunglückten Eisenbahner des Betriebswerkes Breslau-Oderort längere Zeit eine sanitäre Hilfe nicht zuteil wurde, dann lag die Schuld nicht an dem Sanitär Fischer vom B.-A. 2, sondern an den Vorgesetzten des Betriebswerkes Breslau-Oderort, die in erster Linie für das Vorhandensein einer Betriebsstation innerhalb ihres Betriebes verantwortlich sind. Andererseits war zur selben Zeit des Unfalles der bei dem B.-A. 2 beschäftigte und als Kranenträger ausgebildete Vorarbeiter Krause in der Betriebswerkstatt Breslau-Oderort anwesend, der in diesem Falle, seiner Pflicht gemäß, alles Notwendige zu veranlassen hatte. Ein Eisenbahner.

### Kein Geld für Beamte!

#### Wenn — die Wirtschaft muß stabilisiert werden.

Die Spitzenorganisationen der Beamenschaft haben wieder einmal einen Antrag zum Reichsfinanzminister eingereicht, um Aufbesserung der Bezüge der Beamten zu erreichen. Bisher sind sie immer mit der Erklärung abgespeist worden, eine Erhöhung der Löhne würde nur eine neue Inflation hervorrufen. Inzwischen flackern die Preise weiter in die Höhe. Aber das ist nach Meinung des Ministers keine Inflation!

Angeklagt will die Regierung die Vierteljahreszahlungen wieder einführen. Jedoch soll jeweils nur ein Drittel der Beamten mit diesem Geschenk beglückt werden, das heißt, es soll ein Teil in die einzige Beamenschaft getrieben werden.

Trotz aller Zusprüche durch die Regierung sprechen die Spitzenorganisationen noch immer vom Kampfe zurück, sie wagen noch nicht einmal, der Regierung auch nur den Kampf anzubieten. Unter diesen Umständen dürfen sich die Beamten über die Abweisung ihrer Forderungen nicht wundern.

### Berichtigung.

In unserer Nummer 133 brachten wir einen Artikel "Geld, Gläubiger und Tod". Es heißt darin verheerend, die Berichtigung wurde mit den Stimmen der SPD. verteidigt. Die SPD. enthält sich jedoch der Stimme. Das ist Jache wie Joke.



Die Stimmzettel für die Wahlen.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge werden auch für die Wahlen am 31. Oktober Stimmzettel ausgegeben. Aus Gründen der Stillschließlichkeit ist entschieden worden, daß zwei Stimmzettel, einer für die Reichstagswahl und einer für die Landtagswahl hergestellt werden, die sich durch die Farbe unterscheiden und den Aufschrift „Reichstagswahl“ bzw. „Landtagswahl“ tragen. Bei der Wahlhandlung müssen beide Stimmzettel in denselben Umschlag gelegt werden.

Der fällige Baustaubal.

Waldenburg, 29. 10. 24. Herr Gräß, Leiter der Strolache in Weichseln, hat sich Veruntreuungen von Geldern zuschreiben lassen. Gräß hat das Beispiel der Dr. Erdmann Rühle und Komforten nachgemacht, und dabei sich aber verpetert. Ein Teil der veruntreuten Gelder „soll“ bereits schon gedeckt sein. Der Schulbeitrag beläuft sich aber noch auf den bisherigen Feststellungen immer noch auf 15.000 Mark. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher will die Schuldung vertuschen. Er befindet sich in Verleumdung auf der Geldsacke. Gräß ist noch auf freiem Fuß.

Der blutige Sonntag in Striegau.

Wir erhalten dazu folgenden Bericht: Am vergangenen Sonntag fand in Striegau eine sogenannte Fahnenweihe des schwarz-weiß-roten Stahlhelms statt, wobei es zu Zusammenstößen, Herabgeraten durch das provokierende Verhalten der Stahlhelmlaute kam. Unter Begleitung des Ehrbarhildes, sowie „Wir wollen keine Judenrepublik“, zogen schon Sonnabend und Sonntag vormittags die einzelnen Trupps durch die Straßen. Ungefähr 3000 dieser Gesellschaft trugen es, in das einst so rote Striegau zu kommen, um auch hier ihre Macht zu zeigen. Doch so ganz ruhig sollten sie doch nicht davorkommen, denn durch den geradezu herausfordernden Umgang mit dem ehemaligen Offizier in Friedensuniform an der Spitze, ließen sich die Reichsbannerleute und viele andere nicht mehr halten. Sie versuchten den Zug zu durchbrechen. Daß es die Schwarz-weiß-roten auf eine Provokation abgesehen hatten, geht daraus hervor, daß sie am Ring zuerst angriffen. Daraufhin kam es zu den Prügeleien. Die verirrten Offiziere ließen sofort mit blankgelegenen Säbeln in die Leute hinein und haben so viele Arbeiter schwer verwundet. Daß nun die Striegauer immer größer wurde, versteht sich ja von selbst. Bei dem nochmaligen Zusammenstoß zogen dann die Stahlhelmer ihre Revolver und verwundeten so noch eine ganze Reihe von Arbeitern.

Wieder verwundet sind, steht noch nicht fest. Ein Arbeiter, der auf seinem Felde arbeitete und gar nichts mit der Geschichte zu tun hatte, wurde so schwer zugerichtet, daß er kaum aufstehen konnte.

Wir Kommunisten begrüßen es, wenn das Reichsbanner entgegen der Rolle, die ihm seine Gründerparteien, SPD, Zentrum und Demokraten, zugebilligt haben, nämlich eine Bruderorganisation des Stahlhelms zu sein, den Kampf, und zwar nicht nur den geistigen Kampf, mit dem Stahlhelm aufnimmt. Doch die blutigen Köpfe, die sich die Arbeiter dabei in Striegau geholt haben, sollten ihnen eine Lehre sein, daß man nicht zusammen mit der Bourgeoisie oder ihrem sogenannten „linken“ Flügel zusammen mit bürgerlichen Parteien, gegen den Stahlhelm kämpfen kann. Nur das einzig zusammengekehrte Proletariat nicht der Bruderbund SPD, Zentrum, Demokraten, ist imstande, die Reaktion, das heißt, die bewaffneten Schutzhorden der Unternehmern, der Kapitalisten niederzuschlagen.

Die Bourgeoisie, die die Arbeiter zur launfröhen Friedfertigkeit erziehen will, auch dort, wo sie Prügel bekommen, denunziert natürlich die Sozialdemokraten des Striegauer Reichsbanners als Kommunisten. Ein Zeichen, daß der Kampf gegen den Stahlhelm nur als Aufgabe der Kommunisten betrachtet wird.

Nicht Heilmittel darf das Resultat des Kampfes sein, sondern die Wahrung, ein andermal den Stahlhelm besser gestellt entgegenzutreten, ihm entgegenzutreten als Proletariatsmacht und nicht unter der Oberhoheit von bürgerlichen Parteien.

Der nationalistische Geist, der von der SPD im Reichsbanner gepflegt wurde, siehe die Kriegsgedenkstelen wie in Brodau, diese falsche Konkurrenz im Nationalismus mit dem Stahlhelm, die Freundschaft mit Unternehmern, mögen diese auch „republikanisch“ sein, das Bündnis mit bürgerlichen Parteien, das alles hat erst den Stahlhelm so groß und stark werden lassen, daß er die Proletarier mit blutigen Köpfen heimzuführen kann.

Das Reichsbanner ist eine von Geburt an verfehlte Organisation. Nur der Rote Frontkämpferbund, eine rein proletarische Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kann die Selbstschutzorganisation des Proletariats sein.

Gesundheitszustand unserer Schulkinder!

Eine Statistik über den Gesundheitszustand der Schulkinder, welche wir einer bürgerlichen Zeitung entnehmen, stellt uns vor die Frage, ob Professor S. Oruber in München Recht hat, indem er erklärte, daß 15 Millionen Menschen in Deutschland zuviel seien. Die Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Schulkinder in der 11klassigen evangelischen Schule in Nieder-Salbrunn ergeben folgendes Bild: Von den die Schule besuchenden 277 Kindern sind 188 unterernährt. Bei 159 Kindern wurden die Lungen nicht in Ordnung befunden.

Nur 27 aller Kinder waren als gesund zu bezeichnen. Am schlimmsten sieht es in der 3. Klasse aus, in welcher die meisten Kinder sind, welche 1914-1915 geboren wurden. Hier sind 2 Kinder (4%) als gesund zu bezeichnen.

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie es um die wirtschaftlichen Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Waldenburger Industriegebietes bestellt ist. Denn genau so wie in Nieder-Salbrunn liegen auch die Verhältnisse in den anderen Gemeinden des Industriegebietes. Diese heuligen Tatsachen bieten auch das beste Material gegen jene Kreise, welche immer behaupten, die Löhne der Industriearbeiter (Bergarbeiter) seien den Verhältnissen entsprechend zu hoch.

Siehe statistischen Angaben denen zugleich als Anlage gegen alle jene politischen und wirtschaftlichen Organisationen, welche für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft ein-

treten. Die Vorgesänge der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über das Sachverständigenurteil, sowie den Völkerverbund werden der Arbeiterschaft nicht über ihre schweren wirtschaftlichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das herrschende kapitalistische System nicht imstande ist, der Arbeiterschaft eine vernünftige Lebensgrundlage zu verschaffen. Die Arbeiterschaft mit ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen muß den Kampf für eine Verbesserung ihrer Lage führen. Darüber hinaus dieses wichtige System stützen, die politische Macht an sich reißen und den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung herbeiführen. Aber auch den kommunistischen Gliederungen sowie den Gemeindefunktionen erteilt hier eine besondere Aufgabe. Schon jetzt für jede Gelegenheit, welche in den Schulen getroffen werden kann, einzutreten. Die Elternräte müssen in engstem Kontakt mit den Gemeindefunktionen arbeiten. Diese Arbeiter-schaften müssen einsetzen:

- 1. Für mindestens alle Vierteljahre stattfindende Untersuchungen der Schulkinder.
2. Besonders unterernährte Kinder müssen durch die Kommunen in Heilanstalten untergebracht werden.
3. An minderbemittelte Kinder muß durch die Kommune Kleidung unentgeltlich abgegeben werden.
4. Für die unterernährten Kinder müssen Schulpfungen eingelegt werden.
5. Da infolge meist schlechter Wohnungsverhältnisse die Kinder nicht genügend gereinigt werden können, müssen diese hauptsächlich in Heilanstalten durchgeführt werden.

So gibt es noch eine Reihe anderer Vorschläge, welche durchgeführt werden können. Gegen etwaige Widerstände von Schulbehörden sowie Kommunen, muß ein energischer Kampf geführt und Elternbesammlungen einberufen werden. Die schwere wirtschaftliche Depression, welche auf der Arbeiterschaft lastet, zwingt uns, an diese Aufgaben heranzugehen, um einer geistigen Verkommenheit der Schulkinder vorzubeugen!

Weberlied.

Mel.: In einem kühlen Grunde (Untreue). Die Weber all im Lande, Wie leiden die jetzt Not! ;: Gehn ärmlich im Gewande, Auch manchen Tag kein Brot! ;: Weil viele Stühle stehen, Es fehlt das Kapital! ;: Um Arbeit Weber flehen, Zurzeit doch recht fatal! ;: Auch Frauen heute weben, Doch auf vier Stühlen schon! ;: Wenn viele danach streben, Mehr Arbeit, auch mehr Lohn! ;: Wenn all ihr Erdenbürger, Gern traget ihr ein Kleid! ;: Erkennt den Engwürger Und auch der Weber Leid! ;: Die Weber doch nur weben Das allerschönste Tuch! ;: Und immer ärmlich leben, Es ist ein wahrer Fluch! ;:

P. Teuber, Reichenbach i. Schl.

Die Wahrheit über die SPD.

Mit wech schmutzigen und gemeinen Methoden die SPD in ihrer Selamtheit, also auch in Oberschleken arbeitet, davon zeugt folgende Tatsache:

Bei der letzten Wahl übertraf diese angebliche Arbeiterpartei aus Futternid gegenüber den Kommunisten, die der Arbeiterschaft die Augen über die SPD geöffnet haben, alle bürgerlichen Parteien in der Schmutzigkeit der Verfälschung gegen die Kommunisten. Doch dies ist noch nicht alles. Die Schmutzigkeit geht noch weiter und äußert sich in derselben Art und Weise gegenüber ehemaligen SPD-Mitgliedern, die mit der Verräterpolitik dieser Partei nicht einverstanden sind.

Der als SPD-Mann und Mitglied der Amsterdamer Richtung bekannte Betriebsrat Wrobel von der Hohenjägergrube muß sich als Zuchthäuser und Verbrecher von seinen ehemaligen Parteigenossen brandmarken lassen, weil er nicht in dasselbe Spinn der Verräter blafen wollte. W. welcher als Vertreter des Bergarbeitersverbandes Traugl längere Zeit fungierte, hatte sich von der verräterischen Tendenz seines Vorgesetzten und der übrigen Freunde während des Streikes im Mai-Juni überzeugt und fand es für notwendig, eine Broschüre zu schreiben. Der Inhalt der Broschüre sollte die schmutzige Rolle der SPD-Führer während des Streikes beleuchten. Da aber W. kein Massenbewerber Arbeiter ist, wandte er sich mit seinem Pamphlet an einige bürgerliche Druckereien, um es in Druck zu geben. Bei dieser Gelegenheit übersandte er hinten herum eine der Druckereien das Manuskript dem Arbeitgeberverbande zu Händen des Herrn Stähler. Wie es nun kam, daß wir wissen nicht. Kurz und gut, Herr Stähler mußte allenfalls seinen treuen Diener, Herrn Franz, in irgend einer Weise angepöbeln oder zur Rechtfertigung gezwungen haben. In welcher Form das zur Verantwortung ziehen des Franz durch Stähler erfolgte, ist uns auch nicht bekannt. Fest steht aber, daß Herr Franz darob die Wutkämpfe bekam und nun in einer schmutzigen Weise gegen seinen ehemaligen Vertrauten Wrobel zu Felde zog.

In der Nummer vom 17. Oktober des „Vollblattes“ zieht er gegen Wrobel in einer ganz schmutzigen Weise los und beschimpft ihn als Zuchthäuser, Verräter und Lumpen nach allen Regeln der Kunst.

Dieses Beispiel zeigt so typisch die Verworfenheit der Amsterdamer Führer. So lange ihnen einer zu Diensten steht und ihre Verräterei billigt, so lange ist man mit ihm einig und bemüht sich seiner, ja selbst wenn er wie ja Herr Franz selbst feststellte ein Zuchthäuser ist. Verflucht nun aber so ein Mensch und Prolet, mal seine eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen, so steht man feierlich auf und erklärt — ja, dieser Mensch ist doch ein Zuchthäuser, dieser Mensch ist ein Verräter, weil er nicht mit uns an einem Strang zieht. Solche und ähnliche

Verhimpfungen bekommt dann einer zu hören, sobald er nicht mehr in dieselbe Kerbe haut, die Herr Franz und seine Trabanten vorzeichnen.

Für den Amsterdamer Wrobel wird die Behandlung, die ihm von Franz zuteil wurde, für die Zukunft eine Lehre sein, und wir, als Arbeiter, hätten ein sehr großes Interesse, daß Wrobel mit den Schriftstücken und Unterlagen, die Franz und seine Umgebung so in Harnisch versetzten, an die Öffentlichkeit herausbringt.

Es wäre doch so interessant, zu erfahren, auf welchem Grunde Franz so gegen seinen ehemaligen Bruder losbrach und was Veranlassung dazu gewesen ist, daß Herr Stähler in seinem Gnadenbilde gegenüber den Amsterdamer Führern auch einmal einen dankbaren Schätzer werden ließ.

Herr Franz, wollen Sie nicht selbst mit dem Material, das Ihnen bekannt ist, herausfinden? Vielleicht wird der Arbeiter Wrobel dieser unerwarteten Aufforderung an Herrn Franz etwas nachhelfen, damit endlich einmal über in diese dunkle Affäre Hineinkommt.

Der Betrug ist tot — der Betrug soll leben.

Raum ist die Waldenburger Stadtbank von den Kommunalbank Schließen mit Hilfe der Sozialdemokraten zu sehr günstigen Bedingungen geschlossen worden. Beginn die Waldenburger Handels- und Generalbank mit freundlicher Unterstützung der bürgerlichen Zeitungen, also auch der „Bergwacht“, eine Propaganda, um Spargroschen zu erhalten. Die „Bergwacht“ macht zwar einen kleinen Kommentar dazu, welcher aber nur den Bergarbeitern zuliebe angehängt wurde. Nicht einmal einige Groschen kann eine Arbeiterfamilie für Krankentage erdulden. Geht es die heutige Lohnpolitik der Arbeitgeber die Ursache. Doch sie wäre nicht möglich, wenn nicht die reformistischen Gewerkschaftsführer durch das „in der Industrie Hand in Hand arbeiten“, wie sich der Breslauer Arbeitgeber Unterberger so schön ausdrückte, solche elenden Wohnzustände mitgeholt hätten, zu schaffen.

Das Schönste Neben nicht der Sozialdemokratie nicht mehr: Sie ist in den Augen der Bürgerlichen nicht mehr der rote Schreck, sondern der kameradschaftliche Partner. Sie ist in den Augen der Arbeiterschaft nicht mehr das Ideal, sondern die arbeitserfindliche korrupte bürgerliche Partei.

Steban, Schwindel. Die Behauptung der Schlef. Bergwacht vom 25. Oktober, daß wir Arbeiterpartei sind, ist die gemeinste Lüge, welche die Arbeiter Sozialdemokraten uns in die Schuhe schieben. Seit wann kümmern sich denn die Gewerkschaften um ausgebrochen politische Dinge, wie sie bei Kommunalwahlen sind. Das jetzt müssen sich doch die Gewerkschaftskartelle immer noch nach den Beschlüssen des ADGB richten. Oder sind sie ausgebrochen worden? Wir würden diese Aufhebung des Verbotes mit begrüßen. Weil es den SPD-Herren in Weibau zur Verdeckung ihrer schmutzigen Wäsche sehr angenehm gewesen wäre, wenn sich die SPD, an der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ beteiligt hätte, gestattet sie auch dem Gewerkschaftskartell eine Ausnahme mit der politischen Neutralität zu. O, wie wären sie über uns hergegangen, wenn wir so etwas gemacht hätten.

Doch die SPD schlägt sich ja mit dem Artkel selbst ins Gesicht. Sie hat ja keine Gewerkschaftsliste, sondern die Liste der Wirtschaftlichen Vereinigung in Gemeinschaft mit dem Mieterbund aufgestellt. Sie ist der Bauer, denn sie hat das Gewerkschaftskartell als Schild benutzt, um den Kampfbild nicht zu auffällig zu machen. Sie bewies damit, daß sie ein Interesse hatte, sich vor den Arbeitern zu verbergen.

Wir Kommunisten haben das nicht notwendig. Auch auf die Gefahr hin, Stimmen zu verlieren, haben und werden wir stets offen mit unserer Fahne auftreten. Denn wir und mit uns Millionen von Arbeitern erwarten vom Parlament nicht das Paradies, wie es sich die SPD von dort erwünscht.

Brieg. Unter der Silbennettfieder Dollar-könige. Ueber dieses Thema sprach im vollbesetzten a-Sale der „Harmonie“, Genosse Glückauf, Breslau.

Er ging in seinem Referat ausführlich auf die Vorgeschichte des Londoner Abkommens ein, um dann die Folgen des Ausschusses für die Arbeiterschaft aufzuzeigen. Alle Anwesenden horchten mit Spannung den Ausführungen des Genossen, der den „Friedensplan“ der SPD, als Ausbeutung und Kriegsplan de. Genosse erklärte. Er sprach dann über die Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Rolle der SPD, als Verräterpartei.

Unter Genosse widmete der Reichstagswahl und dem parlamentarischen Betrugsmanöver einige Worte. Genosse Glückauf stellte die nächsten Tagesforderungen der Arbeiterschaft auf, um die jeder einzelne den Kampf aufnehmen muß. Nicht das Sachverständigenurteil der Kapitalisten beseitigt die Lage der Arbeiterschaft, sondern nur das Sachverständigenurteil der Arbeiter: der Kampf um die Sozialisierung. Das Referat wurde öfter durch stürmischen Beifall unterbrochen.

In der Diskussion sprach der Gewerkschaftsangehörte Kolob, dem man 30 Minuten zugewilligt hatte. Er verzählte aber in 25 Minuten vom: Man, daß die Versammlung nicht aus dem Laden herauskam, so daß sich Kolob die letzten 5 Minuten selbst geholt hat. Er forderte zum Schluss seiner „Rede“ die anwesenden SPD'er, Sympathisierende und Reichsbanner auf, den Saal zu verlassen. Und siehe da, der Herr zog mit 5 Schritten an die kühle Luft.

Dem Genossen Glückauf war es ein leichtes, die hohe Politik des Diskussionsredners ins rechte Licht zu setzen. Mit einem Hoch auf die SPD, einigen Neuaufnahmen, neuen Zeilungslesern und dem Gelang der „Internationale“ wurde die wichtige Kundgebung geschlossen.

Haussdorf. Ein Opfer der Inflationshinnen. Hier beging der Stellensitzer F. Selbstmord. Er hatte ein Grundstück besessen und dieses während der Inflation verkauft. Durch immer schneller vor sich gehende Entwertung im Herbst vorigen Jahres hatte er bald nichts mehr, so daß er sich seinen Lebensunterhalt als Bergarbeiter verdienen mußte. Das nahm er sich so zu Herzen, daß er sich erhängte.

Vom Tage.

Mit dem Kinderwagen hinein — im Sarge hinausgetragen. Ein Beispiel von gendreau hündischer Erue. lieferte ein 82-jähriger Kutcher einer Krautbaufamilie aus der Gegend von Frankenstein. Bei schlechtem Lohn „feierte“ er, der schon das wandelnde Dramatikon seines „Herrn“ ist, die 60-jährige Wiederkehr seines Arbeitsantritts.

Durch Kinderhände wurde ein Brand in Gosslauritz veranlaßt, dem ein Schuppen mit wertvollem Material zum Opfer fiel.

Eine Arbeitermutter, die Besorgungen zu erledigen hatte, hinterließ ihr einjähriges Kind unter der Obhut der neunjährigen Schwester. Diese bedachte das Kind mit Sälen. Als die Mutter nach Hause kam, fand sie es erstickt vor.



